

4. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

20. Juni 1951.

298/J

A n f r a g e

der Abg. E l s e r und Genossen
an den Bundesminister für soziale Verwaltung,
betreffend die Verschickung burgenländischer Arbeiter in die westlichen
Bundesländer.

In den letzten Wochen werden in Burgenland viele Baustellen des sogenannten "Winterbauprogramms", wo während des Winters Strassenbauten, Bach- und Flussregulierungen etc. durchgeführt wurden, stillgelegt, oder es wurde die Zahl der an diesen Baustellen Beschäftigten wesentlich herabgesetzt. Die burgenländischen Arbeitsämter vermitteln nun die so arbeitslos gewordenen Bauarbeiter unter Hinweis darauf, dass angeblich in Burgenland selbst keine Arbeit zu vergeben sei, nach Salzburg, Vorarlberg und Tirol, wo sie bei Strassenbauten und beim Bau der Militärstadt bei Salzburg Beschäftigung finden. Diese Arbeiter sollen von ihren Familien getrennt leben, was, da die Trennungszulage die erhöhten Auslagen der doppelten Haushaltsführung keineswegs kompensiert, sie auch in die denkbar schwierigste materielle Lage bringt.

Die Empörung der burgenländischen Bevölkerung über diese Verschickungen ist unso grösser, als ihr hier deutlich vor Augen geführt wird, wie unverblümt österreichische Arbeiter in den Dienst der amerikanischen Kriegsvorbereitungen gestellt werden, während die dringlichsten Aufgaben des friedlichen Aufbaues unseres Landes, wie es die Strassenbauten, die Wasserregulierungen und die Bodenmeliorationen in Burgenland zweifellos sind, zurückgestellt, eingestellt oder gehemmt werden.

Anstatt aber im Interesse der Bevölkerung solche Arbeiten des Friedens mit heimischen Arbeitskräften durchzuführen, werden die burgenländischen Arbeiter nach dem Westen geschickt, ja es hat geradezu den Anschein, als ob die burgenländischen Arbeitsstellen stillgelegt werden, um einen Zuzug von Arbeitskräften zum Ausbau der amerikanischen sogenannten "Alpenfestung" in Westen unseres Landes zu sichern.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung die folgende

A n f r a g e :

Ist der Herr Bundesminister für soziale Verwaltung bereit, die Verschickung burgenländischer Arbeiter nach den westlichen Bundesländern einzustellen und dafür Sorge zu tragen, dass diesen Arbeitern durch Wiederaufnahme der Strassen- und Wasserbauarbeiten in Burgenland, die dringend notwendig sind, Arbeitsmöglichkeiten geboten werden?